



EMBASSY OF SWITZERLAND
IN CANADA

382.0 - BE/cl

Politischer Brief Nr. 13

City					OTTAWA 2, Ontario	den 21. Oktober 1970
Date					5 Marlborough Avenue	
Via						14 NOV. 1970
EPD						14 NOV. 1970
Ref. p. A. 21.32.					Ottawa	

An den Generalsekretär
des Eidg. Politischen Departements

Die Entführungen
durch den FLQ

3003 B e r n

Herr Botschafter,

In der Antwort auf die Interpellationen der Herren Chevallaz und Lusser betreffend die Flugzeug-Entführungen weist der Bundesrat im Kapitel VI auf einige grundsätzliche Aspekte des Terrorismus, wie wir ihn heute in der Welt kennen, hin. Kleine Terroristengruppen seien der Auffassung, dass die ganze Welt ihr Aktionsfeld ist, und es bestehe Grund, daran zu zweifeln, dass der Terrorismus, der bei den Flugzeug-Entführungen und dem Festhalten der Passagiere als Geiseln zum Ausdruck kam, eine isolierte, auf Palästina beschränkte Erscheinung bleiben wird. Die Entführung des höchsten britischen Konsularbeamten in Montreal, James Cross, und des Arbeitsministers der Regierung von Québec, Pierre Laporte, sowie dessen Ermordung haben gezeigt, dass sich derartige Terroristengruppen auch von den Grundsätzen eines Rechtsstaates wie Kanada nicht abschrecken lassen.

Dass es dazu kam, ist objektiv betrachtet, kaum erstaunlich. Ich habe auf die Eskalation des Terrorismus in der Provinz Québec während der letzten Jahre schon in meinem Bericht vom 8. Oktober hingewiesen. Die Entführung von Gei-

./.

Dodis



seln und die Hinrichtung derselben durch den "Front de Libération du Québec" (FLQ) ist nur ein weiterer Schritt auf dem Wege der Eskalation. Trotzdem hat diese letzte und vorläufig heftigste Manifestation des Terrorismus die Bundesregierung, die Regierung von Québec, das Parlament sowie Behörden und Bevölkerung schwer betroffen. Man war trotz den früheren Manifestationen des FLQ auf diese letzte Untat innerlich nicht vorbereitet. Gewiss, man kannte die auf das Konto des FLQ gehenden Verbrechen, aber mit diesen hatten Polizei und Gerichte fertig zu werden. Die überwältigende Mehrheit des kanadischen Volkes hielt die Fundamente des Rechtsstaates und der demokratischen Ordnung trotz allem für unerschütterlich.

Trotzdem muss jedoch festgestellt werden, dass zum mindesten die Bundesregierung von Anfang an ruhig und umsichtig mit der neuen Situation fertig zu werden suchte. Sie fasste schon bald nach der Entführung von Herrn Cross den Entschluss, auf die wichtigsten Forderungen der Terroristen, vor allem auf die Freilassung von 23 Häftlingen und die Veröffentlichung des Namens eines Denunzianten, nicht einzugehen, und sie ist von dieser Linie nie abgewichen. Um das Leben der Geiseln nach Möglichkeit zu retten, versuchte sie jedoch, den FLQ zum Verhandeln zu bringen und damit vor allem einmal Zeit zu gewinnen. Als Basis für Verhandlungen offerierte sie freien Abzug der Entführer nach Kuba oder Algerien gegen Freilassung von Cross und Laporte. Auch nach der Ermordung des letzteren hat die Regierung dieses Angebot aufrecht erhalten, wenn Cross, der noch am Leben sein soll, freigelassen wird.

Für die eventuelle Durchführung dieses Austausches hat sich die Regierung die Mitwirkung der kubanischen

Regierung gesichert. Wie mir Aussenminister Sharp sagte, hat die kubanische Regierung nur zögernd und ungern zugestimmt. Sie hat sich schliesslich jedoch "aus humanitären Gründen" einverstanden erklärt, für den Austausch ihren Konsul in Montreal einzuschalten und die Entführer in Kuba aufzunehmen. Wie ich Ihnen berichtete, hatte man eine Zeitlang auch daran gedacht, das IKRK oder die Liga der Rotkreuzgesellschaften um ihre Vermittlung zu ersuchen. Herr Sharp sagte mir jedoch, Rückfragen hätten ergeben, wie er sehr wohl verstehe, dass das IKRK dazu nicht in der Lage sei. Ich nehme an, dass Sie hierüber unterrichtet sind.

Als der FLQ durch einen Anwalt, den er als Mittelsmann bezeichnet hatte, das Verhandlungsangebot zurückwies und die Lage sich Mitte letzter Woche gefährlich zuspitzte, beschloss die Regierung, Truppen, zunächst in Ottawa und dann auch in Montreal einzusetzen, um die Bundes-, Provinz- und Ortspolizei bei der Erfüllung ihrer Aufgaben zu unterstützen. Angehörige der Armee wurden bisher jedoch nur zur Bewachung von öffentlichen Gebäuden und zum Schutze kanadischer Persönlichkeiten -vor allem Ministern und Parlamentariern- eingesetzt.

Am 15. Oktober ging die Regierung jedoch einen Schritt weiter, indem sie unter Berufung auf den "War Measures Act" eine Proklamation und eine Verordnung erliess, durch welche einerseits der FLQ als illegale Vereinigung erklärt wird, und andererseits die Regierung freie Hand zum Eingreifen erhält. Vor allem haben dadurch nun die Polizeibehörden die Möglichkeit, Personen, gegen welche Verdachtsmomente vorliegen, ohne Haftbefehl in Gewahrsam zu nehmen, sowie jederzeit Hausdurchsuchungen vorzunehmen. Inzwischen

sind mehrere hundert Personen, vor allem in der Provinz Québec, gestützt auf diese Verordnung, verhaftet worden.

Die Regierung stützt sich bei der Berufung auf den "War Measures Act" darauf, dass ein Aufruhr zu befürchten sei. Im Parlament und in der Öffentlichkeit wurden zunächst recht zahlreiche kritische Stimmen laut. Man könne die verbrieften, und jedem Kanadier heiligen Freiheitsrechte nicht bewahren, indem man sie ausser Kraft setze, so wurde argumentiert. Massnahmen, gestützt auf den "War Measures Act" seien bisher nur in den beiden Weltkriegen ergriffen worden. Die Regierung habe weit übers Ziel hinaus geschossen, denn sie hätte die für die gegenwärtige Krise nötigen Vollmachten auch erlangen können, wenn Sie vom Parlament die sofortige Verabschiedung eines auf die gegenwärtige Lage zugeschnittenen Sondergesetzes verlangt hätte.

Als jedoch in der Nacht vom Sonntag auf den Montag die Ermordung von Pierre Laporte bekannt wurde, trat das Gebot der Einigkeit in den Vordergrund. Die Regierung versprach, dem Parlament innert 30 Tagen eine besondere Gesetzesvorlage zu unterbreiten, und die grosse Mehrheit der Abgeordneten billigten den von der Regierung erlassenen Ausnahmezustand. Nur 16 Abgeordnete der "New Democratic Party" stimmten gegen die Regierung. Es ist keine Frage, dass der grösste Teil der Bevölkerung heute hinter Premierminister Trudeau und seiner Regierung steht.

Noch wesentlich schwieriger war die Lage während längerer Zeit für die Regierung der Provinz Québec und Premierminister Bourassa. Aussenminister Sharp deutete mir gegenüber an, dass nach der Entführung von Laporte von allen möglichen

Seiten ein Druck auf Bourassa ausgeübt wurde, er möge den Forderungen des FLQ wenigstens teilweise nachgeben. Auch scheint es, dass selbst innerhalb der Provinzregierung dissidente Stimmen laut wurden. Immerhin ist festzuhalten, dass Bourassa, unterstützt von Premierminister Trudeau, fest blieb, und dass auch in Québec alle Parteien, selbst der mit legalen Mitteln für den Separatismus kämpfende "Parti québécois", den FLQ und seinen Terror scharf verurteilen. Für die Zukunft Kanadas aber ist von grösster Bedeutung, dass im anglophonen Teil des Landes, und vor allem im Parlament in Ottawa immer wieder Stimmen laut werden, die deutlich den Unterschied zwischen dem FLQ und der legalen separatistischen Bewegung Québecks machen.

Wenig Lob kann der Haltung von Presse, Radio und Television gespendet werden. Vor allem Radio und TV strahlten tagelang fast ununterbrochen richtige, falsche und sich widersprechende Nachrichten aus. Die Berichterstatter schienen es darauf angelegt zu haben, Verwirrung zu stiften, sowie der Regierung und Polizei ihre Aufgabe, um die sie niemand beneidet, zu erschweren. Die Terroristen haben rasch erkannt, wie sehr sie davon profitieren können und sie haben nicht umsonst eine private TV Station gewissermassen zu ihrem offiziellen Sprachrohr gemacht, dem sie ihre in sogenannten "Kommuniqués" enthaltenen Bedingungen zur Verbreitung überliessen. Premierminister Trudeau und der Präsident der Canadian Broadcasting Corporation (CBC) haben dem Radio- und TV-Unwesen schliesslich ein Ende bereitet.

Ich versichere Sie, Herr Botschafter, meiner vorzüglichen Hochachtung.

Der Schweizerische Botschafter:

E. Brunner

✓ 1 Beilage: La Gazette du Canada
vom 16. Oktober
in 3 Exempl.